



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Postzeile 75 Pfennig, Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 6.—12. Oktober ist die Beitragsmarke in das mit 41 bezahlte Feld des Mitgliederbuches zu kleben.

Auf dem Wege zur Demokratie.

II.

Der Widerstand gegen eine Demokratisierung unseres Staats-, Volks- und Wirtschaftslebens tritt im Verlaufe des Krieges bei uns in Deutschland immer deutlicher zutage. Die politischen Reaktionen sträuben sich mit Händen und Füßen dagegen, daß den Unterschichten größere Rechte im Staate, in der Gemeinde und in den Verwaltungskörpern eingeräumt werden. Sie behaupten, der proletarische Einfluß sei schon heute viel zu groß und müsse eher eingedämmt als ausgedehnt werden. Diese Leute sehen noch immer in dem Arbeiter einen Menschen minderen Ranges, der im Jügel gehalten werden müsse und zu schweigen habe, wenn die Vorrechte beraten und beschließen. Nicht minder auch wenden sich die sozialen Reaktionen gegen die gesellschaftliche Demokratie. Beherrscht von ihren Standesvorurteilen und von einem geradezu vorhinftulischen Rassengeist blicken sie auf die gewöhnlichen Leute, das gemeine „Volk“, mit hochmütiger Verachtung herab und behandeln sie als Menschen zweiter Klasse. Der Weltkrieg, in dem das Volk seine Gleichwertigkeit durch die Tat bewiesen hat, ist an diesen eingebildeten Pinsteln, die stolz sind auf Herkunft, Name, Titel oder Geldbeutel, spurlos vorüber gegangen. Vielleicht noch größer ist der Widerstand gegen die wirtschaftliche Demokratie und die auf eine Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses abzielenden Bestrebungen. Die Geldhorden wollen nach wie vor Herren im Hause bleiben, sie machen ihren Arbeitern jegliches Mitbestimmungsrecht in den Betrieben streitig und noch heute, trotz aller Lehren des Weltkrieges, vertreten sie den Grundsatz, den vor Jahren einer ihrer Wortführer in die Formel zusammenfaßte: „Wir sind nicht die Kameraden unserer Arbeiter, sondern ihre Herren, und das wollen wir auch bleiben.“ Man braucht nur die Arbeitgeberzeitungen zu lesen, um mit erschreckender Deutlichkeit zu erkennen, daß dieser Herrenstandpunkt auch nicht das geringste an Schärfe verloren hat. Nichts gelernt und nichts vergessen, das ist die bezeichnendste Charaktereigenschaft dieser reaktionären Elemente.

Wenn wir nach den Ursachen spähen, aus denen diese antidemokratische Gesinnung entspringt, so stoßen wir zunächst auf den konservativen Gang, der in so manchem Menschen steckt. Dieses Kleben am Alten, diese Vorliebe für das Althergebrachte macht sie blind für die Vorzüge des Neuen und zwingt sie gewissermaßen mit unüberwindlicher Macht, sich gegen eine freiheitliche Entwicklung anzustemmen. Sie wollen auf keines ihrer Vorrechte und keinen ihrer Vorteile verzichten, sie wollen das Heft nicht aus den Händen geben, sondern halten krampfhaft an ihrem ererbten oder erworbenen Rechte fest. In ihrem Hirn hat

sich nämlich der Gedanke eingenistet, daß der Herrgott sie zum Herrschen und die große Masse zum Dienen vorherbestimmt habe, und daß sie allein imstande seien, in allen Dingen die Leitung und Führung auszuüben.

Es hat sich in ihnen ein Größenwahnsinn entwickelt, der sie zu der Einbildung verleitet, daß alles darüber und drunter gehen werde, wenn sie das alleinige Bestimmungsrecht verlören. Diese Furcht vor der Neugestaltung unserer Lebensgemeinschaft, die das stärkste Hindernis eines jeden Fortschritts ist, veranlaßt diese kurzfristigen Fanatiker, sich an ihr Prinzip zu klammern und dem Rad der Zeit in die Speichen zu greifen, selbst wenn darüber auch die ganze Gesellschaft zugrunde gehen und der Staat völlig zusammenbrechen sollte.

Neben dieser allgemeinen Ursache, die sich aus der menschlichen Veranlagung erklärt, finden wir einen weiteren Grund für den Widerstand gegen eine Demokratisierung in der Unkenntnis dessen, was Demokratie bedeutet und welche Begriffe mit diesem Worte verbunden werden. Wenn man den Ausdruck Demokratie wörtlich übersetzt, so bezeichnet er die Herrschaft des Volkes. Daraus ziehen dann die Reaktionen den falschen Schluß, daß das Volk, das heißt, die Arbeiterklasse, die Alleinherrschaft an sich reißen und alle anderen Volksschichten mit Gewalt unterdrücken wolle. Im Staat und in der Gemeinde werde eine Böbelherrschaft aufkommen, vor der Besty und Bildung, politische Erfahrung und gereiftes Urteil keine Gnade mehr finden und nur das große Maul eine Rolle spielen werde. Hier verwechseln sie offenbar Demokratie und Demagogie. In Wirklichkeit erstreben die vernünftigen Demokraten lediglich für die Unterschichten das Recht, zu Beratung und Beschlussfassung mit herangezogen und in den Verwaltungskörpern zur Mitarbeit zugelassen zu werden. Sie gehen dabei von der Auffassung aus, daß in den Reihen der Proletarier genug tüchtige Leute vorhanden sind, die die nötigen Fähigkeiten und Erfahrungen besitzen. Gerade die Kriegszeit hat gelehrt, daß die Teilnahme von Arbeitern und Arbeiterinnen an der Verwaltung gute Erfolge gebracht hat. Das Proletariat empfindet das noch immer geltende undemokratische Regiment als eine Zurücksetzung und Mißachtung und verlangt weiter nichts als die Gleichberechtigung, aber die wirkliche, volle Gleichberechtigung. Ebenso empört es sich gegen seine gesellschaftliche Achtung und Mißachtung, weil es darin eine Beleidigung und eine Verletzung seiner Menschenwürde erblickt. Das demokratische Prinzip fordert, daß jeder Mensch, der seine Pflicht tut und sich nichts zuschulden kommen läßt, als Ehrenmann betrachtet und behandelt wird, unbestimmt darum, welcher Gesellschaftsschicht er angehört und welcher er entstammt. Nicht das soll die Ehre eines Menschen ausmachen, was seine Vorfahren gewesen sind und geleistet haben, sondern nur das soll gelten, was er selbst wert ist. Herkunft und Geld sollen nicht der Maßstab für die Bewertung eines Menschen bilden, nur allein seine eigene Tüchtigkeit soll den

Ausschlag geben, dieser Grundsatz ist bislang von allen wahrhaft großen Männern vertreten worden. Ganz besonders schlimme Mißverständnisse herrschen über die wirtschaftliche Demokratie. Ihre Gegner sind der Meinung, daß die Verwirklichung des demokratischen Gedankens in dem Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine zügellose Anarchie zur Folge haben werde. Der Unternehmer solle nichts mehr zu sagen haben in seinem Betriebe, von einer Leitung durch den Arbeitgeber und einer Disziplin der Arbeiter könne keine Rede mehr sein, es werde alles drüber und drunter gehen, was einen Zusammenbruch unseres gesamten Wirtschaftslebens herbeiführen müsse. Das beruht natürlich auf Unkenntnis oder es ist bewußte Uebertreibung. In Wirklichkeit verlangen die Arbeitnehmer nichts weiter, als daß die Alleinherrschaft des Unternehmers ebenso gut durch ein Mitbestimmungsrecht ersetzt wird, wie dies auf politischem Gebiete der Fall ist. Sie wollen mitzusprechen und mitzubestimmen haben über die Verwendung ihrer Arbeitskraft, weil davon ihr Wohl und Wehe abhängt. Das ist alles, was sie verlangen und daß diese Forderung zu verwirklichen ist, hat das Hilfsdienstgesetz gezeigt.

Mag darum der Widerstand gegen die Demokratie in manchen Kreisen noch so groß sein, er muß gebrochen werden. Auch die, die mit allen Fasern ihres Herzens und mit jeder Faser ihres Hirns an der alten Ordnung der Dinge hängen, müssen sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Demokratisierung unseres Staats-, Volks- und Wirtschaftslebens eine unvermeidliche, unabwehrbare Notwendigkeit ist.

Die Arbeitgeberverbände finanzieren die Gelben.

Eine von den Gelben oft bestrittene Tatsache, daß die Arbeitgeber ihre sonst so leeren Kassen füllen, wird erneut bewiesen. Die Kräftigung der Gelben soll unter der Schirmherrschaft der Unternehmerorganisationen sehr entschieden gefördert werden. Der Vorstand eines Schreibens der „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ zeigt der deutschen Arbeiterschaft, was gegen sie im Anzuge ist.

„Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.“

Berlin W. 35, den 10. November 1916.

Guer Hochwohlgeboren

haben den Betrag von 10 Mk. für den Förderungsausschuß der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung im letzten Jahre vor dem Kriege gespendet. Unter Zustimmung des Förderungsausschusses, der seine Tätigkeit für die Kriegszeit eingestellt hat, hat die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die Sammlung von Beiträgen für die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung übernommen.

Die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung hat in den letzten Jahren erfreuliche Fortschritte gemacht, so daß sie schon ihrem Umfang nach den kampfgewerkschaftlichen Organisationen an die Seite gestellt werden kann. Dieser Fortschritt ist trotz außerordentlicher Hindernisse erstritten worden. Immer mehr und mehr haben vaterländisch und wirtschaftsfriedlich denkende Kreise des öffentlichen Lebens eingesehen, von welcher segensbringenden Wirkung für den Fortschritt unseres Wirtschaftslebens, der auf den Frieden der Beteiligten gegründet sein muß, der Zusammenschluß wirtschaftsfriedlich denkender Arbeiter ist. Sowohl bei verschiedenen Parteien des Reichstages als auch in den Landtagen hat die Bewegung willige Unterstützung gefunden. In einer großen Versammlung am 1. Oktober 1915 in Berlin haben namhafte Vertreter aus allen Gesellschaftskreisen, Männer des öffentlichen Lebens und der Industrie von neuem ihre volle Sympathie mit den Bestrebungen der wirtschaftsfriedlichen Verbände zum Ausdruck gebracht und deren tatkräftige Unterstützung zugesichert. Ist schon während des Krieges die Förderung aller auf den Wirtschaftsfrieden gerichteten Bestrebungen eine Hauptpflicht aller deutschen Gesellschaftskreise, so wird es besonders nach dem Kriege nötig sein, in Anbetracht der von allen Seiten auf die schaffende Arbeit hereinbrängenden Erschwerungen und Belastungen, im Hinblick auf die sicher zu erwartenden großen wirtschaftlichen Kämpfe alle Kraft zu sammeln, die auf dem Boden eines friedlichen Zusammenarbeitens aller sozialen Schichten stehen.

In dieser Erkenntnis hat die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sich die Förderung der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung angelegen sein lassen und es gern übernommen, sich dem Hauptauschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände als der Spitze der wirtschaftsfriedlichen Organisationen beratend und unterstützend zur Seite zu stellen. Die Förderung muß sich auch auf das finanzielle Gebiet erstrecken, da die wirtschaftsfriedlichen Verbände heute noch nicht in der Lage sind, aus den Beiträgen ihrer Mitglieder die finanziellen Lasten in vollem Umfang allein zu tragen und ihren Mitgliedern angemessene materielle Vorteile zu sichern. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ist deshalb beauftragt worden, in den der Bewegung freundlich gesinnten Kreisen eine Sammlung einzuleiten, die eingehenden Gelder zu verwalten und dem Hauptauschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände nach Bedarf zur Verfügung zu stellen. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat

Gewerbliche Vergiftungen durch Gase und Dämpfe.

I.

In der Industrie und sonst zum Zwecke der Warenproduktion werden durch technisch-chemische Verfahren Gase erzeugt, oder es treten, wie bei den Arbeiten im Bergbau und Bauwesen, vielfach natürliche Gase zutage, die, je nach ihrer Art, auch eine gewerbliche Verwendung finden. Wie aber die Erfahrungen lehren, können diese Gase durch ihren Giftgehalt den Beschäftigten äußerst gesundheits- und lebensgefährlich werden. Oft sind es Begleiterscheinungen bei einzelnen Prozeduren oder des ganzen Produktionsprozesses, die in der Eigenart oder in der Mischung des Materials seine Ursache findet. Es wird demnach dabei zu unterscheiden sein, ob das Gas als Produkt, Zwischenprodukt oder als unvermeidliches Nebenprodukt in Frage kommt.

Mit Hilfe von hohen Temperaturen oder Wärmegraden werden durch das Destillations-, Siede-, Röst-, Schmelz-, Erhitzungs- oder Vulkanisierungsverfahren usw. feste und flüssige Stoffe zweckentsprechend verändert oder vergast, während auch umgekehrt Gase durch niedrige Temperaturen und atmosphärischen oder komprimierten Druck zu festen oder flüssigen Körpern umgestaltet werden können. Wie auch unsere atmosphärische Luft (Sauer-, Stick-, Wasserstoff und Kohlenäure), so wird ein Körper als gasförmig bezeichnet, wenn er weder eine selbständige Gestalt noch ein

selbst einen namhaften Zuschuß bewilligt, andere Verbände und Einzelpersonen haben gleichfalls größere Beträge in Aussicht gestellt.

Wir wenden uns nunmehr auch an Sie mit der Bitte, wie früher einen Zuschuß für die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung zu bewilligen und diesen Zuschuß uns zur Verwaltung und Verwendung übermitteln zu wollen. Zu diesem Zweck hat die Vereinigung bei der Diskontogellschaft in Berlin W. 8, Unter den Linden 35, ein besonderes Konto „H“ eingerichtet, an welches wir bitten würden, falls unsere Bitte Erfüllung findet, den bewilligten Beitrag einzusenden.

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.
E. G a r m s, 1. Vorsitzender."

So klar und unumwunden wie in diesen Schreiben, hatten die Arbeitgeberverbände ihre Hilfsbereitschaft und deren Notwendigkeit, bisher noch nicht zum Ausdruck gebracht. Längst bekannt war es ja, daß dieser „Auch Arbeiterorganisation“ Kampfgelber gegen die eigenen Klassenangehörigen gegeben werden, und daher verdient dieses neue „Hilfswort“ der Unternehmerverbände, festgehalten zu werden. Daß für diese Hilfe auch Gegenleistungen, verlangt und geliefert werden, zeigt der Jahresstag der Selben, der am 2. und 3. September in Frankfurt a. M. stattfand. Man brauchte der Zusammenkunft der paar Delegierten keine Bedeutung beizumessen, wenn sie nicht in einer großen Versammlung einen scharfen Kampf angefangen hätten. Heftige Anklagen schleuderten die Redner der Regierung zu, die sie an die Wand gequetscht hätte. Immer seien sie gewissermaßen als letztes Rad am Wagen behandelt worden; wenn sie sich nicht gerührt hätten, wären sie ganz übergegangen worden. Das würden sie sich nicht mehr gefallen lassen, sondern die Arbeitgeber auffordern, allen solchen Veranstaltungen, Sammlungen usw. fern zu bleiben, wo die Partitität nicht gewahrt wird.

Die Spaltung der Streikgewerkschaften rückt immer näher. Erfreulich sei in dieser Hinsicht die Kölner Tagung der Metallarbeiter, die zeigte, wohin die Fahrt gehen wird. Wenn man dazu rechnet, wie gewisse Gewerkschaften in Berlin gegen die Zentralvorstände und den „Vorwärts“ Stellung nehmen, dann könne bestimmt mit einer Spaltung nach dem Kriege gerechnet werden, oder aber mit einer Radikalisierung, die für die Wirtschaftsfriedlichen das gleiche im Gefolge hat.

Weiter wurde erklärt, daß man schweren gewerkschaftlichen Kämpfen entgegengehe. Es werde hart auf hart treffen, dazu brauchten die Selben

selbständiges Volumen (Rauminhalt, Umfang) besitzt, wenn er sich nach allen Seiten ausbreitet, bis ihn feste Wände oder sonstige Widerstände daran hindern. Im Zusammenhang mit der technisch-chemischen Prozedur versteht man auch oft unter Gasen lebendig schwer zu verdichtende oder kondensierbare Körper, womit ausgedrückt werden soll, daß alle mit der Gasflüssigkeit zusammenhängende Vorgänge mit den Dämpfen überaus viel gemeinsam haben und ins Gebiet der Dämpfe zu verweisen sind. Im Vordergrund ist hierbei produktiv die Gaserzeugungs- und die Metallindustrie und besonders die chemische Industrie sowie der Bergbau beteiligt. Zu dem Vorausgeführten hat die Technik es verstanden, das chemisch-fabrikationsmäßige Verfahren zu einer großartigen und sehr profitablen Entwicklung zu bringen, ohne daß es ihr dabei gelungen wäre, den immer wieder neu auftretenden Gesundheitsgefährdungen der Arbeiter in diesen Betrieben mit analogem Erfolge entgegen zu wirken. Denn wie aus den Jahresberichten der Gewerbe- und technischen Aufsichtsbearbeiter zu ersehen, bestehen neben den Explosions-, Brand und sonstigen Unfallgefahren noch die Gefahren der Staubvergiftung und der beim Produktionsprozeß entweichenden giftigen Gase und Dämpfe.

Infolge der Sozialgesetzgebung ist in neuerer Zeit die Toxikologie, die Lehre von den Giften, mehr und inniger verknüpft mit den Leiden und Krankheiten der gewerblichen Arbeiter. Die „Fabrikgifte“ sind dadurch ein besonderes Studium und der Gegenstand der Sammlung praktischer

die Aufrechterhaltung des § 153 der Gewerbeordnung! Werde er aber aufgehoben, so werden die Selben in ganz Deutschland Stoßtrupps bilden, dann gehe Gewalt gegen Gewalt! Denn der § 153 unterbinde nur die Freiheit, den anderen die Freiheit zu nehmen, nicht die Freiheit selbst.

Weiter wurde die Beteiligung an den Parlamentswahlen in Aussicht gestellt, die Behandlung durch die Regierung habe man nur der Laitsache zu verdanken, daß die Wirtschaftsfriedlichen keine Vertretung im Reichstag haben, dem müsse in Zukunft abgeholfen werden.

In entschiedenem Sinne wandte sich dann der letzte Redner gegen die Demokratisierung Deutschlands, die nur die Herrschaft des großen Kaufens bedeute, die Parlamentarisierung sei zu verwerfen und ein Scheidemannfriedens Landesverrat.

Ferner erklärten sich die Referenten gegen die gesetzliche Regelung der Tarifverträge und gegen die Pflicht eines Vertragsabschlusses, auch von den Arbeiterkammern wollen sie nichts wissen. Diese würden weiter nichts werden, als die Thranen der Streikgewerkschaften. Die Zusammenarbeit im Sinne der Wirtschaftsfriedlichen, wie sie sie schon heute mit den Unternehmern pflegen, das sei die Vorarbeit für Arbeitskammern, wie sie sich diese denken.

Dieses geradezu provozierende Auftreten der Selben ist als Gegenleistung für die materielle Hilfeleistung der Unternehmer anzusehen. Wer etwa geglaubt hat, daß der Krieg hier eine Wänderung in der Art, wie diese Leute auftreten, bringen würde, der ist durch die Frankfurter Tagung, die auch in den Bezirksunterverbänden zu fühlen ist, gründlich kuriert worden. Sicher ist, die Selben haben das Gefühl, daß sie bei dem inneren Streit der Partei nur profitieren können und ihr innigster Wunsch ist, daß dieser Streit auch die Gewerkschaften zerlegen möge.

Zweihundzwanzigster deutscher Ortskrankenrententag.

Der Hauptverband deutscher Ortskrankenrenten hielt in den Tagen des 17., 18. und 19. September d. J. seit Ausbruch des Krieges — der letzte Verbandstag fand Mitte Juli 1914 in Darmstadt statt — wieder einmal eine Tagung ab, die von ca. 600 Delegierten besucht war, die rund 3 700 000 Versicherte vertraten. Bemerkenswert ist, daß außer Vertretern der sächsischen Regierung, der Stadt Dresden auch der Präsident des Reichsversicherungsamts Dr. Kaufmann auf der Tagung

Erfahrungen für die Gewerbehygiene und Sozialmedizin geworden. Wissenschaftler von Ruf wie Professor Sommerfeld-Berlin, Dr. Ramboussel-Wien, Professor Lewin-Berlin und andere betätigten sich heute auf diesem Gebiet. Schon im Jahre 1898 konnte Sommerfeld in seinem Handbuch der Gewerbekrankheiten auf die „hohe sanitäre Bedeutung der professionellen Vergiftungen“ hinweisen, „welche vorwiegend durch Einwirkung von Gasen und Dämpfen, zum Teil auch durch Einbringen fester Partikelchen in den Körper zustande kommen.“ Sommerfeld verdankten wir auch den Entwurf einer „Liste der gewerblichen Gifte“, die nach einer Umarbeitung mit dem Gewerbeinspektor Dr. Fischer und nach Durchsicht eines hygienischen Beirats im Dezember 1911 zur Belämpfung der Giftgefahren von der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz der Öffentlichkeit übergeben wurde und als Leitfaden zu bewerten ist. Nach Fischer sind darin als gewerbliche Gifte diejenigen Rohstoffe, Endzeugnisse, Zwischen- und Abfallstoffe zu bezeichnen, die bei ihrer Gewinnung, Herstellung und Verwendung im Gewerbebetrieb bei Beachtung der üblichen Vorsicht in solchen Mengen in den Körper eintreten können, daß sie die Gesundheit des werktätigen Arbeiters auf chemischem Wege gefährden. Im Jahre 1902 wurde von Ramboussel eine Arbeit unter dem Titel „Schädliche Gase im gewerblichen Betriebe“ veröffentlicht. Danach zeigt sich bei den Giftgasen folgende Wirkung: 1. Auf den Atpmehapparat (Atpmehorgane) und dessen Schleimhäute (Berührung, Reiz-, Reizwirkung); 2. auf die

anwesend war und dort den ersten Vortrag hielt. Er sprach über die Zukunftsaufgaben der Krankenkassen. Als Grundton seiner Ausführungen klang hervor, daß es wünschenswert sei, wenn die Krankenkassen in Zukunft noch mehr als bisher Mittel zur Bekämpfung der Volksleiden zu Verfügung stellten. Auch der Wohnungsfürsorge sei die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Kassen sollten zur Errichtung von Kleinwohnungen Darlehen gewähren. Er empfahl praktische Kriegsbeschädigtenfürsorge bergestellt zu werden, daß man in den Krankenkassen Kriegsbeschädigte als Beamte anstelle. Die Kriegswochenhilfe müsse mit in den Frieden hinübergenommen werden.

Unter dem Tagesordnungspunkt

„Die Fürsorgeorganisationen und die Krankenkassen“

wurden drei Vorträge gehalten, und zwar sprach Oberarzt Dr. Kott-Berlin über „Mutter-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge“, der als eigentliche Träger dieser Fürsorge die Kommune bezeichnet, nichtsdestoweniger aber ein Handinhandarbeiten der Krankenkassen mit den Fürsorgestellen fordert. Die Fürsorge für Lungentränke behandelte Oberstabsarzt Dr. Beshorner-Dresden von den bekannten Gesichtspunkten aus. Er fordert Errichtung diagnostischer Untersuchungsstellen durch die Kassen und deren Verbände, besondere Krankenpflege in Ambulatorien. Als Dritter sprach in diesem Rahmen Sanitätsrat Dr. Cohn-Dresden über die Fürsorge für Geschlechtskranke.

Aus der Diskussion sind die Ausführungen Gräfs-Frankfurt hervorzuheben, der sehr richtig betonte, daß man, wenn man praktische Säuglings- und Mutterfürsorge treiben wolle, man für Befestigung des Nahrungsmittelwuchers sorgen müsse. Eine Mutter, die nichts zu essen habe, könne auch nicht stillen. Die Versicherungsanstalten sollten Heilbehandlungsgesuche Jugendlicher nicht nach dem Stand der Markenlebung beurteilen. Präsident Kaufmann spricht den Bestrebungen das Wort, nach denen man unheilbare Lungentränke nicht in Siechenhäusern, sondern in Kreiskrankenhäuser unterbringe, damit sie mit ihren Angehörigen in Verbindung bleiben können.

Bei dem Punkt „Aenderung der Reichsversicherungsordnung“ bringen die Referenten Justizrat Mayer-Frankenthal und Rechtsanwält Dr. Baum-Berlin eine Reihe von Wünschen der Krankenkassen vor. Sie fordern Heraufsetzung der Einkommensgrenze für die Versiche-

rungspflicht auf 4000 Mk., für die Versicherungsberechtigung auf 6000 Mk. Ausdehnung der Versicherungspflicht auf selbständige Gewerbetreibende, die nicht mehr als 5 Versicherte beschäftigen. Obligatorische Familienhilfe, Wochenhilfe usw.

Einen Vortrag mit Lichtbildern hielt Spezialarzt Dr. Brann-Berlin über die fachärztliche Behandlung der chronischen Weiden und fordert, daß die Kassenverbände entsprechende Vereinbarungen mit Fachärzten treffen, um diesen weitverbreiteten Leiden entgegen zu treten.

In der am zweiten Tage einsetzenden Diskussion über die Referate über die Aenderungen der Reichsversicherungsordnung hielt Bundes-Samburg eine Aenderung des Wahlsystems zu den Versicherungsbehörden für notwendig. Bonitz-Berlin will Befestigung aller Betriebskrankenkassen, dem sich die Versammlung nach Ausführungen Gräfs anschließt, der betont, daß es nicht angängig sei, den Fabrikanten, die Niesengebinne gemacht hätten und den Bucherern auch noch in dieser Weise entgegenzukommen. Der Kreis der Versicherten müsse wesentlich erweitert werden und wenn man die großen Aufgaben, die den Kassen bevorstehen lösen wolle, würde man auch mit 6-prozentigen Beiträgen nicht auskommen.

Die Arztfrage stand auch diesmal wieder im Mittelpunkt der Verhandlung und zwar behandelte diese in erschöpfender Weise Herr Geschäftsführer Lehmann-Dresden, der betonte, daß die wirtschaftlichen Ziele des Leipziger Verbandes mit den Grundlagen der Krankenversicherung unvereinbar seien, daher konnte das Berliner Abkommen den Frieden in der Arztfrage auch nicht bringen. Er stellte die Forderung auf, daß die Gesetzgebung den ärztlichen Beruf baldigst der Sozialversicherung eingliedern müsse, wenn deren durch den Krieg erweiterte Aufgaben gelöst werden sollten. Dabei seien die Grundlagen des Berliner Abkommens, die sich im allgemeinen bewährt hätten, zu übernehmen, jedoch müsse jeder Zwang, mehr als die im Berliner Abkommen bestimmte Zahl von Ärzten anzustellen, ausgeschlossen werden. Der ausreichenden Zahl von Ärzten seien angemessene Bedingungen zu bieten, seien nicht genügend Ärzte zu angemessenen Bedingungen zur Kassentätigkeit bereit, so sollten Darleistungen an die Stelle der Krankenpflege treten. Ablaufende Verträge sollten erst nach Friedensschluß erneuert werden. Bei Berechnung der ärztlichen Vergütung und Regelung des ärztlichen Dienstes sind die Krankenkassen durch Vertreter zu beteiligen. In der Diskussion brachte Kohn-Berlin aus

der ärztlichen Fachpresse Äußerungen zur Verleumdung, in denen die Ärzte von der „verschwendenden Ausgestaltung des Krankengeldes“ reden. Verbandsvorsitzender Fräßdorf warnte davor, leichtfertige Verträge abzuschließen. Ohne Zustimmung des Hauptverbandes sollte kein Vertrag mit den Ärzten abgeschlossen werden.

Sodann befaßte sich die Versammlung mit der Arzneiverforgung der Krankenkassen, wobei man sich gegen die Preisstrebereien auf dem Arzneimittelmarkt, die die Krankenkassen in fühlbarer Weise belasten, wandte. Die Zurückhaltung der Reichsregierung gegenüber dieser Entwicklung wurde lebhaft beklagt und empfohlen, daß sich die Kassen durch Selbsthilfe schützen müßten. Die Kassen könnten verlangen, daß sie vor Aufstellung der Arzneipreise gehört würden.

Es wurden dann eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die als Mittel der Selbsthilfe in Betracht kommen.

Die Frage der Ruhegehaltsversicherung deutscher Krankenkassen wurde lebhaft erörtert und schließlich ein Antrag angenommen, der den Vorstand des Hauptverbandes beauftragt, gemeinsam mit den übrigen beteiligten Krankenkassenhauptverbänden die Vorarbeiten für die Errichtung einer deutschen Ruhegehaltsversicherung so fortzusetzen, daß noch im Laufe des Jahres 1917 die Errichtung einer solchen Versicherung vor sich gehen kann.

Nachdem noch verschiedene Aenderungen der Verbandsfassung und der Geschäftsbericht angenommen worden war, fand die Neuwahl des Vorstandes statt, die die Wiederwahl des Herrn Fräßdorf-Dresden als Vorsitzenden ergab. Als Beisitzer wurden gewählt die Herren Bemmendorf-Dresden, Dr. Wayer-Frankenthal, Kommerzienrat Simon-Berlin, Prof. Dr. Sieber-Düsseldorf, Gräfs-Frankfurt, Kohn-Berlin, Leichentring-Strasburg, Rhein-Bremen, Scholich-Dresden, Hof-Karlsruhe.

Die nächste Mitgliederversammlung findet in Cassel statt. Der dritte Verhandlungstag, zu dem vornehmlich die Vorsitzenden und geschäftsführenden Angestellten eingeladen waren, beschäftigte sich mit Verwaltungs- und Rechtsfragen.

Korrespondenzen.

Leipzig. Das weibliche Hilfspersonal der Firma B. G. Teubner reichte am Freitag voriger Woche die Kündigung ein, weil dieses „Welfhaus“ die in einer Reihe hiesiger Betriebe schon seit längerer Zeit bewilligten Löhne zu zahlen, sich

Ueberträger des Gasmoleküls (Blutwirkung); 3. Fernwirkung (spezifische innere Giftwirkung) auf einzelne Organe und Organ Systeme. In ziemlichlicher Uebereinstimmung mit diesen Leitfäden bringt der Prof. Lewin in seinen bedeutungsvollen Vorträgen im Februar 1907 im Reichsversicherungsamt und im Februar 1910 im Verein deutscher Chemiker seine Grundanschauungen und Erfahrungen zum Ausdruck. Bei den Vorträgen im Reichsversicherungsamt lag das Thema zugrunde „Die Grundlagen für die medizinische und rechtliche Beurteilung des Zustandekommens und des Verlaufs von Vergiftungs- und Infektionskrankheiten im Betriebe,“ und bei den Chemikern behandelte er „Das Zustandekommen von Vergiftungen in chemischen Betrieben und die Hilfe dagegen.“ Auch der 2. Internationale Kongreß für Rettungswesen 1913 in Wien beschäftigte sich mit den gewerlichen Giften. Hier war es der Gewerbeinspektor Dr. Schimbs-Wien, der, unterstützt mit ausgefuchtem Material und persönlichen Erfahrungen über „Unfallgefahren und Gesundheitsschädigungen sowie der Verhütung in chemischen Betrieben“ referierte. Diese vielseitigen Darstellungen lassen sich im folgenden zusammenfassen:

Je nach der Stärke der chemischen Energie oder des eingeatmeten Quantum des Gas- oder Dampfgiftes unterscheidet man akute und chronische Vergiftung. Akute Vergiftungen sind die Gesundheit- oder Lebenszerstörungen, welche durch plötzliches oder auf einen kurzen Zeitraum beschränktes Einbringen von starken giftigen Stoffen in den Organismus entstehen und dadurch

den Betriebsunfällen rechtlich gleichgestellt werden, wo hingegen die durch langsame auf einen längeren Zeitraum sich ausdehnende und oft wiederholende Aufnahme von geringen Quanten giftiger Stoffe herbeigeführte Gesundheitsschädigung als chronische Vergiftung oder Berufskrankheit aufgefaßt und deshalb oft nicht entschädigt wird. — Die unheimliche Gewalt des Vergiftungsvorganges kommt nicht immer gleich zum Ausdruck. Nach der kurzgefaßten Form in der Giftliste der Int. Vereinigung f. gefehl. Arbeiterschutz tritt zum Beispiel die akute Vergiftung durch Arsenverbindungen (Arsenbergrwerke, Glasfabrikation, Fabrik von farbiger Kreide, Herstellung von Arsenfarben, wie Schweinfurter Grün usw.) meist erst nach einer halben bis einer Stunde in die Erscheinung und nimmt dann folgenden Verlauf: Zusammenschnüren des Schlundes, Schmerzen im Magen und Unterleib, Erbrechen, Durchfall, Kräfteverfall, kalte bläuliche Haut, Wadenkrämpfe, Herabsetzung der Herzaktivität, Schwindel, Kopfschmerz, Ohnmacht, Phantasierer, Bewußtlosigkeit, Krämpfe, Tod, mitunter ephemerähnliche Erscheinungen. In leichteren Fällen: Brennen im Halse, Erbrechen, Speichelfluß, Schling- und Magenbeschwerden. Die chronische Vergiftung kommt zum Ausdruck durch anhaltende hartnäckige Kopfschmerzen mit Verstimmung, Unlust zur Arbeit und Schlaflosigkeit, ferner gastrische Störungen, wie Erbrechen und Durchfall, die zu Abmagerungen und Kräfteverfall führen, hartnäckige katarrhale Erscheinungen der Schleimhäute, wie Schnupfen, Hals-, und Luftröhrenentzündung. Häufige Erkrankungen der

Haut auch mit Geschwürbildungen. Ausfallen der Haare und Nägel, Melanose, d. h. Einlagerung eines bräunlichen nicht arsenhaltigen Farbstoffes am Halse, Kumpfe und an anderen Gliedmaßen. In schweren Fällen Störungen des Zentralnervensystems, Schwäche in den Muskeln und auch ein- und doppelseitige Lähmungen, wozu sich noch oft eine Beschränkung oder ein Verlust der Sehkraft einstellt. — Als äußerst gefährlich sind die folgenden Vergiftungsgase anzusehen, wobei in Einklammerung einzelne Verwendungsarten und Entstehungsurachen angegeben sind: Ammoniak (Gasanstalten, Farbenindustrie, Kloakenreinigung, Verzinnen von Eisenblech, Silberspiegelindustrie), Arsenwasserstoff (Löten und Weizen von Metallen), Benzol-, Chlor- und Cyanverbindungen (Cyan-Naunfäurebildung). Desgleichen Fluorwasserstoff (Glasfabriken usw.), Kohlenoxyd (Gistgase bei Hochöfen, Gießereien, Bergwerken usw.), Kohlenäure, Methylalkohol (Spiritusfabrikation, Denaturieren von Spiritus, Möbelpoliererei usw.), Nitrobenzol, Nitroglycerin, Nitrogase (Nitrostoffe kommen bei der Sprengstoff- und Munitionsherstellung in Betracht). In weiteren die Vergiftungen durch Phosgen, Phosphor, Quecksilber, Quecksilbersalze (Hafenhaarschneiderei, Filzhutfabrikation, Spiegelherstellung, Zünd- und Sprengstoffe usw.), Salzsäure, Schwefelchlor, Schwefelkohlenstoff, Schwefelsäure, Schwefelwasser. In der übergroßen Zahl der Fälle erzeugt die akute und die chronische Vergiftung recht qualvolle Leiden.

(Schluß folgt.)

auser Stande sieht. Rund 14 Mark Lohu und 3 Mark „Teuerungszulage“ (allerdings erst seit kurzer Zeit) sollen der Weisheit letzter Schluß für erwachsene Personen sein. Noch dazu für qualifizierte Anlegerinnen! Das sind 8,75 Mark pro Woche weniger, als zwischen Berliner Prinzipalen und Hilfsarbeitern für die jetzige Zeit vereinbart sind und als Mindestsatz gelten. Von der mehrhundertprozentigen Verteuerung der Lebenshaltung (siehe an anderer Stelle dieser Nummer) hat diese „geschäftskundige“ Firma augenscheinlich nicht die mindeste Kenntnis, ebensowenig wie davon, daß andere hiesige Betriebe für derartige Kräfte bereits bis zu 26 Mark Lohu zahlen, ohne zur Aufnahme einer Hypothek auf ihren Steinbaukasten gezwungen zu sein. Eine Ahnung aber scheint sie vom Arbeitermangel zu haben, denn bei den Forderungen, die „Urlauber“ zu vergeben haben, ist sie keine unbekannte Größe. Nach und nach wird ihr aber auch dies lukrative Geschäft gelegt werden. Das Eingreifen der Organisationsleitung wurde zunächst abgewiesen. Möglich, daß sich die Firma mit Zusammenlegungsabsichten trägt.

Gautag des Ganes I und II. Am 16. September fand nach zehnjähriger Pause eine Gaufonferenz statt, die von den Städten Eberfeld, Esen, Darmstadt, Mainz und Frankfurt a. M. befehligt war; Casfel fehlte entschuldigt, ebenfalls Köln a. Rh. In den beiden Gauen ist die Leitung der Zahlstellen, durch Einberufung, mehrmals gewechselt worden, die sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten konnten bis auf einige kleinere Zahlstellen behoben werden. Die Einberufung des Gauleiters brachte ebenfalls eine Stoclung mit sich, doch ist zu hoffen, daß durch die jetzt erfolgte Reklamation die alten Beziehungen wieder gefestigt werden.

Die einsehende Agitation verspricht gute Erfolge, die Vertreter und Vertreterinnen versprachen ihr Bestes zu tun, um die noch fehlenden Kollegen und Kolleginnen zu gewinnen.

Zum Punkt Agitation sprachen die Kollegen Kalb und Czempin-Frankfurt a. M., Müller-Mainz, Klingner-Darmstadt, Zentsch-Eberfeld und Kollegin Thiede-Berlin.

Als ein wichtiger Faktor, die Erfolge der Agitation ständig überleben zu können, wurde die Einführung der Gauberechnung und einer Gaufartothek anerkannt. Das von Kollegin Thiede vorgelegte Material über diese Einführung wurde durchberatet und beschlossen, ab Januar 1918 mit der Neueinrichtung zu beginnen, bis dahin werden vom Kollegen Kalb die notwendigen Vorarbeiten erledigt werden.

In beiden Gauen ist eine größere Abwanderung von Kolleginnen zur Kriegsindustrie festgestellt. Nur in den Orten und Betrieben, wo halbwegs entsprechende Teuerungszulagen bewilligt wurden, (was erst oft durch kräftigen Nachdruck erfolgte) sind noch geübte Anlegerinnen, auch männliches Personal, vorhanden. Nach eingehender Aussprache erfolgte Schluß der wichtigen Tagung um 4½ Uhr.

Rundschau.

Die Brotverkaufsstellen am Montag Morgen. In Groß-Berlin sollen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung die Brotverkaufsstellen jeden Montag früh von 5 Uhr ab für das Publikum geöffnet sein. Als Grund für diese Bestimmung wird angegeben, daß die Brotrotation der vergangenen Woche für das Frühstück am Montag nicht ausreiche. Durch die erwähnte Bestimmung wird doch aber das Brot nicht mehr und nicht ausgiebiger, es wird nur dadurch mehr an Licht verbraucht in einer Zeit, in der allgemein Licht gespart werden soll, und die Brotverkäufer und -verkäuferinnen werden zu einer längeren Arbeitszeit gezwungen. Es ist schon richtig, daß in den meisten Haushaltungen es einer gewissen Selbstbeherrschung am Sonntag bedarf, um das für die Montagstullen erforderliche Brot übrig zu behalten. Deshalb erlaubt man aber nicht allgemein, daß von Sonnabend Mittag ab Brot auf die neuen Karten entnommen werden darf? Daß es in unzähligen Fällen ohne die Erlaubnis schon heute geschieht, ist wohl allgemein bekannt. Oder warum verlegt man die Brotartenwoche nicht überhaupt und läßt sie vielleicht am Sonnabend oder Freitag beginnen, wie es in anderen Städten, z. B. Hamburg längst der Fall ist?

Die Steigerung der Lebensmittelpreise beträgt in Leipzig 233 Prozent. Einige nach- und bedeutliche Ziffern des Leipziger Konsumvereins und der Städtischen Markthallenverwaltung über die Preise kurz vor Ausbruch des Krieges und im September dieses Jahres mögen hier folgen:

	Mitte 1914 R und Pfund	Septbr. 1917 Pfund	Steiger. Prozent
Brot	0,15	0,20	33
Butter I	1,20	2,90	142
Fahbohnen	0,21	0,43	105
Serfengraupe	0,18	0,30	66
Seringe	0,22	1,20	505
Kernseife	0,72	4,—	455
Kartoffeln	0,03	0,10	233
Kartoffelstoden	0,09	0,40	344
Kunsthonig	0,35	0,55	57
Margarine	0,84	2,—	126
Sauertraut	0,06	0,16	166
Schweineschmalz	0,90	4,24	371
Wasserteigwaren	0,35	0,51	46
Speiseöl	1,—	3,50	250
Weizenmehl	0,20	0,26	30
Weizengries	0,20	0,45	125
Zwiebeln	0,06	0,20	233
Eier (Stück)	0,07	0,40	471
Scholle	0,60	1,50	150
Schellfisch	0,50	1,10	120
Äpfel	0,20	0,63	215
Birnen	0,20	0,60	200
Heidelbeeren	0,32	0,50	56
Grüne Bohnen	0,10	1,—	900
Kohlrabi (10 Stück)	0,30	2,—	566
Wirsingkohl (Kopf)	0,10	0,50	400
Weißkohl (Kopf)	0,20	0,50	150
Möhren (Bund)	0,10	0,60	500
Reitig (Stück)	0,05	0,25	400
	9,50	30,89	

Fleisch und Wurstwaren sind absichtlich ausgeschieden. Selbst wenn man aber noch Obst, Butter und Seringe für den Arbeitermagen als „unbelömmlich“ halten sollte, immerhin die „kleine“ Steigerung von 233 Prozent. Gerade die Leipziger weiblichen Hilfspersonen mit ihren, wahrscheinlich auch von den „auf dem Gebiete des Preisstarifs bahnbrechend Wirkenben des Kreises VII“ festgesetzten Ostermädchenlöhnen mögen sich diese Ziffern merken. Das gleiche wäre der „permanenten Erwägungskommission“ zu empfehlen, deren „Arbeiten“ hoffentlich noch vor Beendigung dieses Jahrhunderts abgeschlossen sind.

Die Kriegswucherer sitzen nicht in der Arbeiterschaft. Unermüßlich diskutiert die Unternehmerpresse den Abbau der Löhne nach dem Krieg, und uner müßlich versichert sie, daß die allgemeine Teuerung in der Kriegszeit auf das angeblich ungeheure Anwachsen der Arbeiterlöhne zurückzuführen sei. Da kommt es hier nun sehr in die Quere, daß das weit rechtsstehende Pastorenblatt, der „Reichsbote“, sich von einem Herrn Küffer nachweisen läßt, daß nach den amtlichen Feststellungen die Lohnsteigerung im Sommerhalbjahr 1916 nur 46 Proz betrug, während die Lebensmittelpreise viel stärker in die Höhe gegangen seien. Nach eigenen Beobachtungen teilt Küffer mit, daß noch im Juni d. J. in einer Munitionsfabrik bei Berlin ungelernete Arbeiter 65 bis 75 Pf. Stundenlohn, und männliche Bahnarbeiter in der Provinz gar nur 35 Pf. für die Stunde erhielten. Die Lebensmittelteuerung von Kriegsausbruch bis März 1917 habe aber 95,7 Proz. betragen. Der „Reichsbote“ zieht daraus mit vollem Recht die Schlußfolgerung, daß Kriegswucher und Kriegsgewinne in anderen Kreisen zu suchen seien als bei den Arbeitern. — Recht verlegen erwidert die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“, daß 75 Pf. Stundenlohn für einen ungelerneten Arbeiter auch unter den heutigen Verhältnissen noch genug sei. Aber mit diesem Verdienst kann sich ja ein Berliner Arbeiter nicht einmal die rationierten Lebensmittel kaufen. Oder glaubt die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ etwa, daß ungelernete Arbeiter weniger Hunger haben?

Zur Versorgung mit Seefischen. Der ständige Rückgang ausländischer Zufuhren an Seefischen läßt es nötig erscheinen, die einheimische Produktion so stark als irgend möglich zu steigern. Hierzu werden Fahrzeuge und Geräte aller Art herangezogen werden müssen. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts hat deshalb eine Verordnung erlassen, die es dem Reichskommissar für

Fischversorgung ermöglicht, die entsprechenden Bestimmungen über die Verwendung von Wasserfahrzeugen und Geräten, die dem Fischfang dienen, und über den Handel mit solchen Fahrzeugen und Geräten zu erlassen.

Geübte Anlegerinnen für Schnellpressen

für dauernde, angenehme Stellung gesucht.

Wilhelm Greve,
Berlin, Ritterstraße 50,
Abteilung Buchdruck.

Ehren-Tafel

für unsere im Felde gefallenen Kollegen.

Den Tod auf dem Schlachtfelde erlitten unsere Kollegen:

Gustav Grund,

Hilfsarbeiter (Reichsdrucker), geboren am 9. Mai 1887, gefallen am 22. Juni 1917 in Rußland.

Otto Busch,

Saalarbeiter (Sittensfeld), geb. am 17. Juli 1883, gefallen am 18. August im Westen.

Erich Bone,

Falzer (August Scherl), geboren am 5. Oktober 1887, gestorben am 5. August im Lazarett in Magebonien.

Hermann Melzer,

Rotationsarbeiter (Rudolf Mosse), geboren am 7. Januar 1878, gefallen am 17. August 1917 im Westen.

Gruft Wolke,

Anleger (Lindenbruderei), geb. am 4. Februar 1879, gefallen am 12. August 1917 im Osten.

Gustav Fildie,

Saalarbeiter (Theinhardt), geboren am 29. Januar 1886, gestorben im Lazarett.

Mlois Durrstewig,

Rotationsarbeiter (Rudolf Mosse), geboren am 13. Oktober 1881, gefallen am 7. September 1917 in Galizien.

Georg Schütt,

Rotationsarbeiter (Müstein), geboren am 12. Novbr. 1878, gefallen im August 1917.

Erich Denthle,

Stereotyparbeiter (Müstein & Co.), geb. am 12. Dezember 1890, gefallen im August.

Arthur Horn,

Stereotyparbeiter (Müstein & Co.), geb. am 19. Oktober 1880, gefallen im August.

Max Schulz,

Steinschleifer, geboren am 20. September 1875, gefallen am 4. September 1917.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen
Die Bahlfelle Berlin.

Wiederum betrauern wir den Verlust eines langjährigen Mitgliedes. Seinen schweren Verwundungen erlag in einem Felblazarett der Kollege

Wilhelm Gaiden

(Firma Gletschmann).

Ehre seinem Andenken

Die Bahlfelle Dresden.